



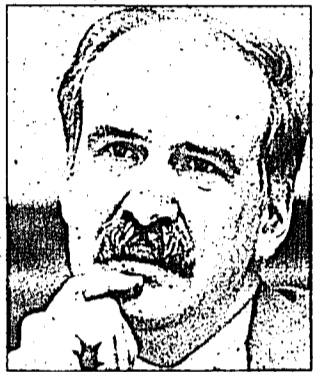
VOLKSBLATT

Mit amtlichen Publikationen • 124. Jahrgang, Nr. 202

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

DONNERSTAG

Staat muss Gürtel enger schnallen



VADUZ: Die Turbulenzen auf den Finanzmärkten und die schwache konjunkturelle Entwicklung wichtiger Absatzländer haben auch eine negative Auswirkung auf den liechtensteinischen Staatshaushalt. Laut Regierungschef Otmar Hasler sind Mindereinnahmen zu erwarten. Seite 3

Junge Stars und Brasilianer

FUSSBALL: Im Vergleich zu den restlichen Teams aus dem ehemaligen Jugoslawien, haben die Mazedonier international bislang am wenigsten erreicht. Trotzdem hat die LFV-Auswahl an den ersten EM-Qualifikationsgegnern keine guten Erinnerungen. Beim letzten Aufeinandertreffen kassierten sie eine 1:11-Schlappe. Seite 21

Jesus Christ Superstar: Die Infos



Alles, was Sie über das Musical «Jesus Christ Superstar», das in Balzers über die Bühne geht, wissen wollen, erfahren Sie in der heutigen Musical-Beilage des Volksblatts. Lesen Sie es, sichern Sie sich ein Ticket und geniessen den Abend... Seite 33 + Beilage

«Keine Beschwerdelegitimation»

Die Beschwerde zur Verfassungsinitiative ist laut Fürstenhaus nichtig

Die Beschwerde ist als unzulässig zurückzuweisen: Das beantragt das Fürstenhaus in seiner Gegenäusserung zu der anfangs August eingereichten Abstimmungsbeschwerde.

Martin Frommelt

Auf seiner Homepage (www.fuerstenhaus.li) veröffentlicht das Fürstenhaus heute seine Darstellung, zu der es als Beschwerdegegner im Rahmen des rechtlichen Gehörs des von der Regierung eingeleiteten Verwaltungsverfahrens ersucht worden ist. Schlussfolgerung: Zum jetzigen Zeitpunkt bestehe

keine Möglichkeit einer Abstimmungsbeschwerde. Dies könne erst nach der Wahl (binnen drei Tagen) gemacht werden. Laut Volksrechtgesetz (VRG) sei die Regierung deshalb im derzeitigen Stadium gar nicht ermächtigt, über eine Abstimmungsbeschwerde zu entscheiden: «Nach dem Volksrechtgesetz ist in diesem Verfahrens Stadium, dem Vorprüfungsverfahren, nur der Landtag zu einer Nichtügerklärung der Eingabe (Anmeldung) zuständig und nicht die Regierung. Die Beschwerdeführer reklamieren daher von der Regierung die Wahrnehmung einer Zuständigkeit, die dieser im ersten Verfahrens Stadium

der Anmeldung und Vorprüfung vom VRG nicht zugewiesen ist. Mangels Zuständigkeit wird die Abstimmungsbeschwerde daher zurückzuweisen sein».

Keine Parteistellung

Weiters heisst es, den Beschwerdeführern könne kein Beschwerderecht zu: «Bürgerinnen und Bürger Liechtensteins, die nicht selbst eine Anmeldung für ein eigenes Initiativbegehren vorgenommen haben und die an einer bereits erfolgten Anmeldung nicht beteiligt sind, haben im Verfahren zur Anmeldung und Vorprüfung der Eingabe für ein Initiativbegehren keine Parteistellung».

Initiativrecht

Zum Beschwerdepunkt, dass das Fürstenhaus kein Initiativrecht habe, heisst es in der Stellungnahme: «Die Landesverfassung kennt keinen wie immer gearteten Ausschluss der Mitglieder des Fürstenhauses von den staatlichen Grundrechten, zu denen auch das Stimmrecht in Landesangelegenheiten gehört».

Informationspflicht

Auch der Beschwerdepunkt, wonach das Fürstenhaus die Abstimmung mit dem Wohnsitz verknüpfe, ist laut Fürstenhaus nicht gegeben: «Es wäre viel eher eine Verletzung dieser Pflicht zur objektiven und ausgewogenen Information, die

Stimmbürger nicht über die Absichten der Fürstenfamilie zu informieren».

Entscheid im September

Regierungschef Otmar Hasler, wollte sich gestern zur Gegenäusserung des Fürstenhauses nicht äussern. Die Regierung werde ihre Entscheidung innerhalb der nächsten 14 Tage bekannt geben. Bereits früher vertrat der Regierungschef die Auffassung, dass bei der Frage der Unzulässigkeit einer Volksinitiative grundsätzlich Zurückhaltung geboten sei, «um dieses in der Verfassung vorgesehene direkt demokratische Recht möglichst nicht zu schmälern».

Prädestiniert für Vorsteheramt

Norman Wohlwend Vorsteherkandidat der FBP-Ortsgruppe Schellenberg

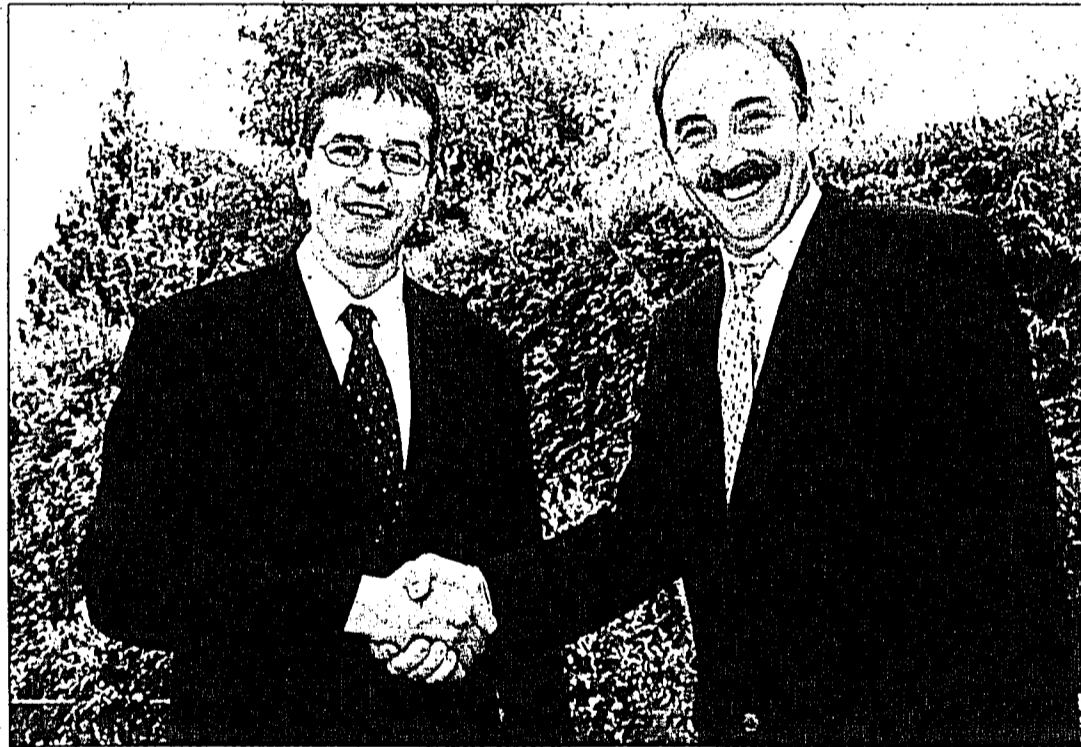
Mit Norman Wohlwend schlägt der Vorstand der FBP-Ortsgruppe Schellenberg einen dynamischen und politisch sehr erfahrenen Kandidaten für das Vorsteheramt vor.

Martin Frommelt

Anfang November erfolgt die offizielle Nomination des Vorsteherkandidaten und der Gemeinderäte der FBP Schellenberg. Gestern bereits hat die Ortsgruppenleitung mit Norman Wohlwend ihren Vorsteherkandidaten bezeichnet. Obmann Gilbert Wohlwend freute sich ausserordentlich, dass mit Norman Wohlwend der Wunsch Kandidat für das Vorsteheramt zur Verfügung steht.

Ein versierter Gemeindepolitiker

Nicht nur nach dem öffentlich erklärten Verzicht des bisherigen Amtsinhabers Walter Kieber (VU) darf Norman Wohl-



Hervorragender Vorsteherkandidat für Schellenberg: Norman Wohlwend (links), über dessen Kandidatur sich FBP-Obmann Gilbert Wohlwend ausserordentlich freut. (Bild: Paul Trummer)

wend als grosser Hoffnungsträger bezeichnet werden. Der verheiratete Vater von drei

Söhnen ist ein versierter Kenner der politischen Arbeit in seiner Heimatgemeinde und ist

somit geradezu prädestiniert für die neue Aufgabe. Seit bald acht Jahren gehört der ausge-

bildete Maschinenbau-Ingenieur und Betriebswirt als engagiertes Mitglied dem Gemeinderat an. Während vier Jahren amtierte er als Vizevorsteher, wodurch er zusätzlich einen guten Einblick in die Vorsteher-Tätigkeit erhalten hat. In seiner Funktion als Gemeinderat arbeitet er auch in verschiedenen Kommissionen mit. Damit bringt er beste Voraussetzungen für das anspruchsvolle Vorsteheramt mit.

Erfolgreiche berufliche Laufbahn

Seit 25 Jahren, davon mehr als zehn Jahre als Kadermitglied, ist Norman Wohlwend bei der Firma Hilti AG tätig, wo er heute Segmentleiter im Marketing ist. An der neuen beruflichen Herausforderung als Vorsteher von Schellenberg reizt ihn die Möglichkeit, eine Gemeinde von der Bedürfniserfassung über die Konzepterarbeitung bis zur Realisierung von Lösungen an vorderster Front mitgestalten zu können.

Riess-Passer und Team drohen mit Rücktritt

Koalition mit der ÖVP bedroht - Klarheit innerhalb einer Woche

WIEN: Die Regierungsmitglieder der Freiheitlichen Partei Österreich (FPÖ) haben am Mittwoch mit dem Rücktritt gedroht. Sie wehren sich gegen die von Jörg Haider geplante Sondersitzung zur Umsetzung der Steuerreform für 2003.

Der frühere FPÖ-Chef Jörg Haider hält an den versprochenen Steuerentkungen fest und forderte einen Sonderparteitag. Dafür sammelte er 380 Unterschriften der 750 Parteitagsdelegierten. 250 sind nötig.

Die an der Regierung betei-

ligte Vizekanzlerin und FPÖ-Chefin Susanne Riess-Passer möchte die Steuerentkungen angesichts der Hochwasserkatastrophe verschieben.

Scheidet das Team von Riess-Passer aus der Regierung aus, ist auch die Koalition mit der konservativen Volkspartei (ÖVP) in Gefahr. ÖVP-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel hatte zuvor erklärt, die ÖVP würde einen Wechsel in der FPÖ nicht kommentarlos hinnehmen. Sie hält am Regierungskurs und der Zusammenarbeit mit Riess-Passer fest.

Sollte Riess-Passer aufgeben, wollen auch ihre drei Stellvertreter ihre Ämter zur Verfügung stellen. «Alle FPÖ-Minister ziehen sich dann zurück», warnte der ebenfalls aus der FPÖ stammende Verkehrsminister Matthias Reichhold. «Das Regierungsteam steht dann nicht mehr zur Verfügung».

Die FPÖ-Chefin, deren Sieg im Machtkampf Haider erst am Wochenende anerkannt hatte, hat den Parteitagsdelegierten eine Frist von einer Woche zum Rückzug ihrer Unterschriften eingeräumt. Zahlreiche Unterzeichner der Forderung nach

einem Sonderparteitag schlossen eine Änderung ihrer Position aus.

Haider, der am Samstag den Rückzug aus der Bundespolitik verkündet hatte, zeigte sich in Klagenfurt «optimistisch, dass man sich finden kann, so dass ein Sonderparteitag nicht notwendig sein wird». Ein solches Treffen sei «das demokratische Recht der Basis», unterstrich er auf der anderen Seite. Seine Widersacherin Riess-Passer müsse sich dieser Herausforderung stellen. Er glaube nicht, dass sie wirklich zurücktreten werde.

ANZEIGE

Exklusive Kollektion moderner und klassischer Teppiche aus dem Iran an der Lihga Halle 1, Stand 39 präsentiert von: werilli

ANZEIGE

Schulweg-Erlebnis



Anna Walser, Schaan
«Auf dem Schulweg kann ich mit meinen Freundinnen reden. Die vielen Pflanzen gefallen mir. Ich mag es auch wenn es stürmt.»

VCL mit Unterstützung der Kommission für Unfallverhütung